

## Völlig abgeschaltet

**Staatsbürgerlicher Unterricht wird in der Bundeswehr vernachlässigt: Die Ausbilder sind dafür nicht ausgebildet.**

Die Bataillonskommandeure und Einheitsführer der Bundeswehr fanden in der vergangenen Woche auf ihren Schreibtischen ein Fernschreiben vor, das sie in Länge — 2,5 Meter — wie Inhalt verblüffte.

In dem Telex, Nummer aig 3315, ordnete Generalinspekteur Harald Wust an, daß nach den antisemitischen Vorfällen an der Münchner Bundeswehrhochschule in den nächsten Wochen im staatsbürgerlichen Unterricht vorwiegend die Themen „Nationalsozialismus, Antisemitismus und Rechtsradikalismus“ zu behandeln seien.

Wust fügte seinem Befehl eine umfangreiche Literaturangabe bei, die von den „Kriegsbriefen gefallener deutscher Juden“ bis zu Joachim Fests Hitler-Biographie reicht. Hinweise aber, wann und wie dieser umfangreiche Stoff von den meist jungen Offizieren verarbeitet werden soll, enthielt das Fernschreiben nicht, wohl aber die Order, neun Unterrichtsstunden für dieses Thema bis Jahresende anzusetzen.

Wieder einmal wurde deutlich, wie einfach es sich politische und militärische Führung machen, wenn sie aus unliebsamen Zwischenfällen und offen zutage tretenden reaktionären Tendenzen in der Armee die Konsequenzen ziehen müssen.

Dann entwerfen Schreibtisch-Obrieten Befehle, Schreibtisch-Generale unterzeichnen sie. Die Oberstleutnants und Hauptleute in der Truppe müssen

dann sehen, wie sie mit den zusätzlichen Aufgaben fertig werden.

Der Erfolg des Wust-Befehls wird denn auch gleich Null sein. Auf Anfragen, was bisher geschehen sei, antworteten zahlreiche Einheitsführer in der vergangenen Woche: „Wir hatten noch keine Zeit zur Vorbereitung.“

Die bisherigen Erfahrungen zeigen zudem, daß die Einheitsführer in einer freien Stunde zwischen Revierreinigen und Fahrschule ihre gerade greifbaren Soldaten zusammentrommeln und ihren Frontalunterricht mit den Worten beginnen werden: „Also Soldaten, Nationalsozialismus ist, wenn ...“

Politische Bildung hat in der Bundeswehr, so das Ergebnis einer wehrpsychologischen Untersuchung, einen „relativ geringen Stellenwert“; der staatsbürgerliche Unterricht falle deshalb „häufig“ aus, oder er finde am Freitag statt, wenn das Interesse der Soldaten „mehr oder weniger auf den bevorstehenden Wochenendurlaub ausgerichtet“ sei. Ergebnis: Fast 70 Prozent der Teilnehmer schalteten „völlig“ ab, Diskussionen fänden nicht statt.

Doch es ist nicht böser Wille allein, wenn in der Armee der staatsbürgerliche Unterricht nichts gilt. Hauptursache ist, wie die Psychologen herausgefunden haben, die „nicht ausreichende Ausbildung der Ausbilder“. Die meisten Offiziere und Unteroffiziere fühlen sich überfordert, wenn sie politische Bildung vermitteln sollen; und über Zeitgeschichte haben sie weder in der Schule noch bei ihrer Ausbildung zum Vorgesetzten viel gehört.

Zwar gibt es seit 1973 in der Bundeswehr eine zentrale Dienstvorschrift (ZDv 12/1) für die politische Bildung, das darin angekündigte Programm zur „Aus-, Fort- und Weiterbildung“ der

Offiziere und Unteroffiziere aber ist bis heute nicht erschienen.

Gute Schieß-Ergebnisse und stramme Haltung bei Inspektionen zählen zudem sehr viel mehr bei Beurteilungen als Diskussionsbeiträge zu dem Thema, warum die Bundesrepublik eine Armee braucht und wofür der Soldat im Ernstfall zu kämpfen hat.

Verteidigungsminister Georg Leber kennt diese Schwächen seit langem. Erst vor wenigen Tagen erklärte er wieder, daß „eigentlich mehr geschehen“ müsse. Gleichzeitig verstärkte er aber die Tendenz zum Nur-Soldatentum in der Bundeswehr mit Aussprüchen wie: „Wenn wir das wollten, müßten wir viel mehr Zeit dafür haben. Das würde zum Nachteil des militärischen Auftrags geschehen.“

So ist auch der Versuch, nach dem peinlichen Auftritt des unverbesserlichen Hitler-Obersten Hans-Ulrich Rudel im Oktober 1976 vor den Piloten

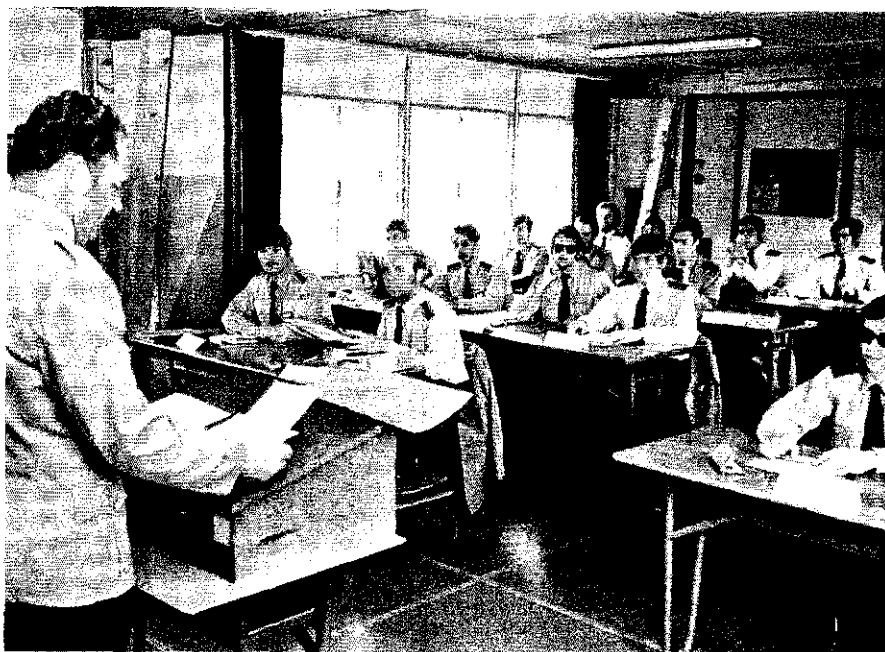


**Rechtsradikaler Redner Rudel**  
Durch Traditionserlaß gedeckt?

des Aufklärungsgeschwaders „Immelmann“, zu einem neuen Traditionsverständnis der Bundeswehr zu kommen, bisher über Stillübungen auf der Hardthöhe nicht hinausgekommen.

Es gibt zwar Entwürfe für einen neuen Erlaß, aber der Eifer der Referenten erlahmte rasch, als der Verteidigungsminister plötzlich Zweifel anmeldete. Leber: „Tradition hat man, oder man hat keine.“ Und: Die Bundeswehr brauche keine neuen Erlasse, sondern „beharrliches Hineinleben und Hineinpflanzen in ein Traditionsbewußtsein“.

Bis auf weiteres müssen die Soldaten deshalb mit dem 1965 von Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel unterzeichneten Traditionserlaß leben. Er ist nicht nur nach Belieben auslegbar, sondern enthält auch haarsträubende Formulierungen: „Zur Tradition soldatischer Wertung gehört, daß den Soldaten Zögern schwerer belastet als ein



**Soldaten beim staatsbürgerlichen Unterricht: Meistens am Freitag**

**CN 630 HiFi-Dolby**



**CN 500 HiFi**



**CN 930 HiFi-Dolby**



**CN 1000 HiFi-Dolby**

Alle Geräte lieferbar in den Farben  
Metallfinish oder Mattschwarz.

**GRUNDIG: HiFi ist für alle da!**



## Nach mehr Cassettenkomfort bei absoluter HiFi-Qualität können Sie lange suchen!

Viele ausgezeichnete HiFi-Anlagen haben nur einen Nachteil: Sie sind nicht komplett. Es fehlt ein Cassettendeck, das die Vorzüge der Cassette mit absoluter HiFi-Klangperfektion vereint. In welchem Umfang dies heute möglich ist, beweisen die Grundig HiFi-Cassettendecks.

Selbst das preisgünstigste, das CN 500, ist bereits ein vollwertiger HiFi-Baustein. Es hat einen Bandselector für alle Bandsorten, auto-



TS 1000 – die semiprofessionelle Tonbandmaschine ist eine Herausforderung für Leute mit tonmeisterlichen Ambitionen.

matische Kopfreinigung, elektronische Band-Endabschaltung und Grundig-typische Qualitätsmerkmale, die in dieser Klasse durchaus nicht selbstverständlich sind. Übertroffen wird dieser

hohe Standard von den leistungsgleichen CN 830 HiFi-Dolby und CN 930 HiFi-Dolby\*.

Sie sind eine preiswerte Kombination von erstklassiger HiFi-Technik („Dolby“ sagt dem Kenner alles!) und vorbildlichem Ausstattungsniveau.

Das CN 1000 HiFi-Dolby schließlich ist ein Tape-Deck der absoluten Spitzenklasse mit hochwertigen Kopfhörer-Endstufen. Es fasziniert durch perfektionierten Hobby-Komfort, wie z. B. durch das Stereo-Mischpult. Gewiß: Dieses Tape-Deck ist nicht ganz billig. Aber jeder HiFi-Freund kann es sich leisten. Aus gutem Grund sagt man bei Grundig: HiFi ist für alle da!

### Verlangen Sie höchsten Gegenwert für Ihr Geld.

Auf dem HiFi-Markt gibt es Geräte mit klingenden Namen, die das Fan-Herz höher schlagen lassen. Aber nur zu oft muß die Höchstleistung dieser „Technik-um-der-Technik-willen“ viel zu teuer bezahlt werden. Daß es auch anders geht, beweisen die vernünftigen Grundig-Preise.

Ohne Qualitätskompromisse, ohne Abstriche bei Präzision und Perfektion werden alle Vorteile rationeller Großserienfertigung genutzt. Sie erkennen das an der besonders günstigen Preis-/Leistungs-Relation und der hohen Zuverlässigkeit Ihres Grundig-Gerätes.

\*Dolby ist das eingetragene Warenzeichen der Dolby Laboratories Inc.

Einige wichtige Leistungswerte			
	CN 500	CN 830/ 930	CN 1000
Geräuschspannungsabstand	58 dB	67 dB*	67 dB*
Gleichlaufschwankungen	± 0,2%	± 0,15%	± 0,15%
Übertragungsbereich bei 4,75 cm/s	40... 12 500 Hz	30... 14 000 Hz	30... 14 000 Hz

\*mit Dolby NR und FeCr-Band.

### Leistung und Bedienungskomfort muß man ausspielen können.

Nur dann zeigen HiFi-Cassettendecks, was wirklich in ihnen steckt. Ihr Grundig-Fachhändler führt Ihnen die passenden Komponenten für Ihre HiFi-Anlage gern vor. Hören Sie kritisch, vergleichen und erproben Sie! Dann werden Sie zustimmen: Es gibt keine HiFi-Anlage, die mit einem Grundig HiFi-Cassettenbaustein nicht kompletter und damit um einiges perfekter wäre.

**Die Sicherheit eines großen Namens.**

**GRUNDIG**

Fehlgreifen im Entschluß.“ Soldatische Tradition könne sich deshalb „nicht nur an Gestalten halten, denen Sieg vergönnt war“.

Hassels Traditionserlaß rechtfertigt schließlich, wie die „Immelmann“-Flieger nach der Bonner Schelte überrascht feststellten, den Besuch des rechtsradikalen Rudel und ehemaliger SS-Kumpel, die sich in der Hiag zusammengeschlossen haben.

In Ziffer 26 heißt es nämlich, daß die Pflege kameradschaftlicher Beziehungen zu ehemaligen Soldaten „niemanden ausschließen“ dürfe, „weder örtliche Kameradschafts- und Traditionsvereine der ehemaligen Wehrmacht noch einzelne Soldaten“.

Einen zaghaften Versuch, in der Bundeswehr ein neues Verständnis für Tradition zu begründen, machte bislang nur der Luftwaffeninspekteur Gerhard Limberg. Er gab dem Auditorium maximum der neuen Offizierschule Fürstenfeldbruck nicht den Namen eines alten Kriegshelden, sondern taufte es nach dem jungen Oberleutnant Ludger Hölker. Der 30jährige Pilot war 1964 ums Leben gekommen, weil er in seiner trudelnden Maschine blieb, um sie nicht auf eine Ortschaft stürzen zu lassen. Hölkers letzte Worte: „Erst weg von den Häusern.“

Limberg: „Vielleicht haben wir zu lange mit einer solchen Ehrung gewartet.“

## ENTFÜHRUNG

### Schwankender Boden

**Über einen neuen Fall von Geiselnahme durfte die Hamburger Presse bis zur Freilassung des entführten Kindes unter gerichtlicher Strafandrohung nicht berichten. Vorbild: die Bonner Nachrichtensperre.**

In den Wochen der Geiselnahme Hanns Martin Schleyers und an jenen Tagen, als die „Landshut“ der Lufthansa gekapert nach Mogadischu abirrte, verfolgte der Hamburger Richter Manfred Engelschall, 56, wenn er Zeitung las oder den Fernseher anknipste, aufmerksam eine ganz bestimmte Sorte von Nachrichten.

Interessiert vernahm er von der Mißbilligung eines „Stern“-Berichts durch den Presserat, der darin enthaltene Informationen aus dem Bonner Krisenstab, möglicherweise Tips für die Terroristen, als „nicht verantwortbar“ bezeichnete. Beifällig lauschte er, als Dagobert Lindlau im TV-„Panorama“ nachgerade verräterische Pressemeldungen vom geplanten Anti-Krisenkommando der GSG 9 bemängelte. Das alles und noch mehr interessierte Manfred Engelschall besonders, weil er als Hamburger Presserichter auch sonst so seine Erfahrungen mit Journalisten,



Geisel-Mutter Christiane Wessel, Anwalt Stein: Gegen Vorpreschen der Presse ...

ihrem Metier und ihren Usancen macht.

Und es fiel dem Vorsitzenden Richter am Landgericht wieder ein, als Mitte vorletzter Woche, anderthalb Tage nach dem Sturm von Mogadischu, der Hamburger Anwalt Hans Hermann Stein mit einem dringlichen Begehren bei ihm vorsprach. Im Namen seiner Mandantin Christiane Wessel, Schwester des bei dem Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm ums Leben gekommenen Terroristen Ulrich Wessel, beantragte Stein ein Veröffentlichungsverbot gegen Hamburger Presseorgane, Antragsthema: ein Erpressungsfall mit Geiselnahme.

Entführt worden war drei Nächte zuvor der schwächliche, rotgelockte Wessel-Sohn Felix, 4, Enkel eines millionenschweren, vor zehn Jahren ge-



Entführter Felix Wessel\*  
... Schreibverbote vom Gericht

storbenen Edelhölzer-Importeurs. Geiselmutter Wessel, Empfängerin einer Rente aus dem Familienvermögen, entschloß sich zur Zahlung des brieflich geforderten Lösegeldes von einer Million Mark, mußte sich aber nahezu drei Viertel der Summe gegen Ausfallbürgschaft vom sozialdemokratischen Finanzsenator borgen.

Anwalt Stein, der die Polizei eingeschaltet hatte, von ihr aber keine bindende Zusage für eine wirksame Informationssperre erhalten konnte, fürchtete ein Vorpreschen der Presse noch vor der Auslöse und, damit verbunden, erhöhte Lebensgefahr für das Kind.

Zwar schwiegen alle Hamburger Zeitungen, die schon kurz nach der Entführung von der Tat erfuhren, vorerst mit Rücksicht auf den entführten Jungen. Zwar erhielt der Anwalt bei Telefonaten mit drei von ihnen Schweige-Zusagen, aber, so stellt es die Stein-Kanzlei dar, nur beschränkt auf die nächstfolgende Ausgabe oder lediglich bei Nichterscheinen der Story auch in anderen Blättern. Und ein Reporter von Axel Springers „Bild“ marschierte zum Photographieren vor dem — möglicherweise von den Entführern beschatteten — Wessel-Haus auf, bevor er sich dann auch noch am polizeilich überwachten Telefon im Haus meldete.

Kurz entschlossen reichte Stein acht Anträge auf einstweilige Verfügungen bei der für Pressesachen zuständigen 24. Zivilkammer des Landgerichts ein: gegen Springers „Bild“, „Welt“ und „Hamburger Abendblatt“ wie gegen die SPD-eigene „Hamburger Morgenpost“, gegen Vorort-Blätter in Bergedorf und Harburg, dazu noch gegen den ortsansässigen „Stern“ und jenen Polizeireporter von „Bild“ persönlich.

Kammerchef Engelschall, dem die „pervertierten“ Berichte über Schleyer und Mogadischu wieder in den Sinn

\* Polaroid-Photo der Entführer.